

Stadt StadtallendorfFachausschuss für öffentliche Sicherheit,
Soziales und Kultur

- Der Vorsitzende -

35260 Stadtallendorf, 22.01.2016

Tel.: (0 64 28) 707-200

Fax.: (0 64 28) 707-400

**Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für öffentliche
Sicherheit, Soziales und Kultur**

Sitzungstermin: Dienstag, 19.01.2016
Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr
Sitzungsende: 21:50 Uhr
Ort, Raum: Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29,
Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Herr Fabian Gies

Herr Jürgen Behler

Herr Michael Goetz

Frau Dr. Uta Gruß

Herr Mehmet Sinan Güclüer

Frau Annemarie Hühn

Herr Otto Kotke jun.

Herr Hans-Georg Lang

Vertreter für Herrn Stv. Schneider

Frau Carla Mönninger-Botthof

Herr Prof. Dr. Thomas Noetzel

Herr Nils Runge

Vertreter für Herrn Stv. Dominik Runge

Herr Manfred Thierau

Vertreter für Frau Stv. Grigat-Thierau

Bürgermeister:

Herr Christian Somogyi

Vom Magistrat:

Herr Hans-Jürgen Back

Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Ilona Schaub

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Wolfgang Salzer

Fraktionsvorsitzender:

Herr Werner Hesse

Von der Verwaltung:

Herr Reiner Bremer

Herr Hubertus Müller

Herr Klaus-Peter Riedl

Herr Dirk Schindler

Schrifführer:

Herr Markus Harder

Entschuldigt fehlen.

Frau Andrea Grigat-Thierau
Herr Jörg Linker
Herr Dominik Runge
Herr Matthias Schneider
Herr Dieter Erber
Herr Stefan Rhein
Herr Ersin Sürgün
Herr Winand Koch

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Beschlüsse

- 3 Haushaltssatzung 2016 und Investitionsprogramm 2015 bis 2019 (2. Lesung und Beschlussfassung); Vorlage: FB1/2015/0125
- 4 Abschluss einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung für eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des freiwilligen Polizeidienstes zwischen den Städten Stadtallendorf, Neustadt und Kirchhain; Vorlage: FB3/2015/0019

Kenntnisnahmen

- 5 Kinderfreizeit Bad Kissingen und Ferienspiele 2016 und ff
Vorlage: FB3/2015/0021
- 6 Beschlusskontrolle
- 7 Mitteilungen
- 7.1 Information Stand Haushaltsvollzug 31.12.2015; Vorlage: FB1/2016/0002
- 8 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Herr Stv. Gies, begrüßt die Anwesenden zu der Sitzung des Fachausschusses II. Im Besonderen begrüßt er Herrn Bürgermeister Somogyi, Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub, Herrn Müller (FBL 3), Herrn Schindler (FB 3), Herrn Riedl (FB1) und Herrn Bremer (Stabstelle) von der Verwaltung, Herrn Rinde (Oberhessische Presse) sowie den Schriftführer Herrn Harder.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit und den form- und fristgerecht Zugang der Einladung fest.

Weiter teilt er mit, dass die Ausschussmitglieder der FDP-Fraktion nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen werden und entschuldigt fehlen.
Der Vorsitzende setzt nach allgemeiner Zustimmung, den Änderungsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion zum Tagesordnungspunkt (TOP) 4 auf die Tagesordnung.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Es liegen keine Anträge vor.

Beschlüsse

Zu 3 Haushaltssatzung 2016 und Investitionsprogramm 2015 bis 2019 (2. Lesung und Beschlussfassung); Vorlage: FB1/2015/0125

Herr Bürgermeister Somogyi gibt einen Überblick über die Fakten, welche bei der Haushaltsaufstellung 2016 berücksichtigt worden sind. Hierbei nennt er vor allem den anstehenden „Kommunalen Finanzausgleich“ in dessen Zuge die Steuerhebesätze erhöht werden müssen, um einem Haushaltsdefizit in Höhe von 3,8 Million abzuwenden.

So werden die Hebesätze an die Nivellierungssätze des Landes Hessen angepasst und belaufen sich im Haushaltsjahr 2016 bei der Gewerbesteuer auf 357 %, der Grundsteuer A auf 332 % und der Grundsteuer B auf 365 %.

Durch weitere interne Einsparungen, in Höhe von rd. 750.000 €, weist der Haushaltsentwurf 2016 einen Überschuss von 274,00 € auf.

Nach Aussage von Herrn Bürgermeister Somogyi ist der Haushalt 2016 in Bezug auf weiteres Einsparungspotential ausgeschöpft, so dass kein weiterer Spielraum besteht.

Rücksprachen mit den großen Gewerbesteuerzahlern der Stadt lassen nicht auf höhere Gewerbesteuererinnahmen schließen, so dass eine Erhöhung der Hebesätze unausweichlich ist, um ein Haushaltsdefizit abzuwenden.

Nachfolgend erläutert Herr Riedl anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, die Hintergründe und Rahmenbedingungen, welche bei der Haushaltsaufstellung entscheidend waren. Er weist nochmals auf die Nivellierungshebesätze hin und teilt mit, dass eine Anpassung der Hebesätze an die Nivellierungshebesätze von essenzieller Bedeutung ist, da die Stadt bei der Berechnung der Kreis- Schul- und Solidaritätsumlage so gestellt wird, als würde sie ihre Realsteuern in Höhe der Nivellierungshebesätze erheben. Sollten die Hebesätze nicht erhöht werden, würden der Stadt nicht existierende Gelder zugerechnet, aus welchen sich wiederum die Kreis- und Schulumlage errechnet.

Herr Stv. Lang teilt mit, dass die CDU dem vorgelegten Entwurf der Haushaltssatzung, mit den an die Nivellierungshebesätze angepassten Realsteuerhebesätzen, nicht zustimmen wird. Er hält eine Erhöhung der Hebesätze für unausweichlich, jedoch nicht in dieser Höhe. Statt der Hebesätze sollten vor allem Einsparungen im Personalbereich und im Bereich der Sach- und Dienstleistungen vorgenommen werden.

Herr Stv. Prof. Noetzel entgegnet dem und sieht in der Nichtanpassung der Hebesätze, in Folge dessen Umlagen gezahlt werden müssten für Gelder welche nicht existieren, eine absurde Regelung. Vor allem aber sieht er in dem Haushalt keine Position, welche anstelle der Steuererhöhung, ohne Belastung der Bürger,

zu einem ausgeglichen Haushalt führen könnte.

Die Stadtverordneten Hesse, Noetzel und Goetz bitten darum, dass die CDU vorlegt, in welchen Bereichen Einsparungen vorgenommen werden sollen, um eine Anpassung der Hebesätze an die Nivellierungssätze zu umgehen.

Mit Bezug auf die Personalkosten erläutert Herr Bürgermeister Somogyi die Gründe, welche zu einer Steigerung der Personalkosten geführt haben. In dem Zusammenhang zu nennen sind vor allem die neuen Aufgaben, welche aus der Einrichtung des Erstaufnahmelagers für Flüchtlinge resultieren.

Er verweist hier auf die Antwort zur Anfrage des Herrn Stv. Erber zur Entwicklung der Personalkosten, die zur Stadtverordnetenversammlung am 10.12.2015 gegeben wurde.

Herr Riedl ergänzt, dass der Haushaltsansatz für Personal im Jahr 2015 bis auf 24.000 € ausgeschöpft wurde und insofern die Kalkulation für das Jahr 2016 realistisch ist.

Nach ausgiebiger Diskussion wird sich darauf verständigt, dass die CDU-Fraktion bis zum Montag den 25.01.2016 in einer Sondersitzung des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung konkrete Vorschläge unterbreitet in welchen Bereichen Einsparungen vorgenommen werden können, um eine Anpassung der Hebesätze an die Nivellierungshebesätze zu vermeiden.

Beschlussvorschlag:

Der vom Magistrat aufgestellte Entwurf

1. der Haushaltssatzung 2016
2. des Investitionsprogramms 2015 bis 2019 und

wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

Zu 4 Abschluss einer öffentlich rechtlichen Vereinbarung für eine interkommunale Zusammenarbeit im Bereich des freiwilligen Polizeidienstes zwischen den Städten Stadtallendorf, Neustadt und Kirchhain; Vorlage: FB3/2015/0019

Herr Stv. Hesse stellt den Änderungsantrag der SPD vor und erläutert die Hintergründe.

Änderungstext

„3. Die Stadtverordnetenversammlung hält unbeschadet der Entscheidung in Absatz 1. und 2. an ihrer grundsätzlichen Forderung fest, dass die Personalstärke der Polizeistation Stadtallendorf schnellstmöglich aufgestockt werden muss.“

Auf Grund des Änderungsantrages wird der Tagesordnungspunkt zurückgestellt um den Fraktionen die Möglichkeit zur Beratung zu gewähren. Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

Der Beschluss über die Vorlage wird zurückgestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Abschluss der als Anlage beigefügten öffentlich – rechtlichen Vereinbarung zum gemeinsamen Einsatz eines freiwilligen Polizeidienstes in den Städten Stadtallendorf, Neustadt und Kirchhain im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit.
Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit beschlossen. Sie kann jederzeit gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt 1 Jahr zum Jahresende.
2. Es wird ein Antrag zur Förderung durch Landesmittel gemäß der Rahmenvereinbarung zur Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 02.12.2011 für die geplante Zusammenarbeit gestellt.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

Kenntnisnahmen

**Zu 5 Kinderfreizeit Bad Kissingen und Ferienspiele 2016 und ff
Vorlage: FB3/2015/0021**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu 6 Beschlusskontrolle

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Zu 7 Mitteilungen

Zu 7.1 Information Stand Haushaltsvollzug 31.12.2015; Vorlage: FB1/2016/0002

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Kenntnisnahme:

Die als Anlage beigefügte Übersichten zum Stand des Haushaltsvollzuges Gesamtergebnishaushalt 31.12.2015 und Stand der Personalaufwendungen zum 31.12.2015 dient als Information zum ersten Überblick über die Haushaltslage zum Ende des Jahres 2015.

Dieser Ergebnisbericht (Stand 07.01.2015) beinhaltet die mit Buchungsdatum 31.12.2015 erfassten Buchungen für das Haushaltsjahr 2015.

Der Bericht stellt nicht das vorläufige Ergebnis 2015 dar, da sich in verschiedenen Bereichen noch erhebliche Verschiebungen ergeben können.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 8 Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende

Fabian Gies

Der Schriftführer

Markus Harder